

Klares Verdikt einer leisen Mehrheit

Am Ende eines gehässig geführten Abstimmungskampfs erhält der Bundesrat beim Covid-Gesetz eine komfortable Mehrheit. Die laute Nein-Kampagne könnte ausgerechnet den Befürwortern geholfen haben – und der SVP geschadet.

Christoph Bernet

BERN. Das Bundeshaus glich am Sonntagmittag einer Festung. Die Herzkammer der Schweizer Demokratie war von der Polizei abgeriegelt. Medienschaffende mussten viermal ihren Ausweis bei Polizeikontrollen vorweisen, um an ihre Arbeitsplätze im Medienzentrum des Bundes zu gelangen. Eine vor allem vom gegnerischen Lager sehr emotional geführte Kampagne mündete am Abstimmungssonntag in einem bisher nicht gekannten Sicherheitsdispositiv in der Berner Innenstadt.

So gross die Sorge vor Ausschreitungen der Gegenseite war, so deutlich fiel das Verdikt des Volks aus: 62 Prozent sprachen sich bei einer hohen Stimmbeteiligung von 65,7 Prozent für das Covid-Gesetz aus. Damit lag der Ja-Anteil höher als bei der ersten Abstimmung über das Gesetz am 13. Juni, als 60,2 Prozent zugestimmt hatten. Nach einem lauten, von kraftvollen Demonstrationen geprägten Abstimmungskampf ist dieses Resultat für die sehr viel präsentere, mit einem ungleich grösseren Budget als die Befürworter operierende Nein-Kampagne eine Enttäuschung.

Hass gehört nicht zur Schweiz

Gesundheitsminister Alain Berset (SP) sprach am frühen Abend vor den Bundeshausmedien von einer «grossen Unterstützung» für die Linie von Bundesrat und Parlament. Die Tatsache, dass die Bevölkerung zum zweiten Mal innerhalb weniger Monate zur Krisenbewältigung befragt worden sei, zeige, dass die direkte Demokratie funktionieren. Daraus ergebe sich der Auftrag, die Bemühungen im Kampf gegen die Pandemie und zur Bewältigung ihrer Folgen fortzusetzen: «Das Ja zum Covid-Gesetz gibt uns die Instrumente, um auf die epidemiologische Lage flexibel reagieren zu können», so Berset.

An die Adresse der Gegner sprach der Gesundheitsminister deutliche Worte. Es gehe zur Schweiz, dass man nach einer Abstimmung die Entscheide akzeptiere und sich wieder zusammenraufe. «Was nicht zur Schweiz gehört, sind Wut, Hass, Einschüchterungen und Drohungen.» Das gefährde, was die urdemokratische Schweiz stark mache: «Unsere Streitkultur, auf die wir stolz sein können und die wir pflegen müssen.» Man dürfe und müsse über alles streiten: «Doch wir dürfen nicht endlos streiten.» Die Dynamik der Pandemie sei vor dem Winter nicht gut: «Jetzt braucht es unseren Zusammenhalt, um gemeinsam möglichst gut durch den Winter zu kommen.»

SVP: Andere sind verantwortlich

Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgt sich auch der Berner Mitte-Nationalrat Lorenz Hess, der an vorderster Front für ein Ja zum Covid-Gesetz gekämpft hat. Er habe noch nie so viele Beschimpfungen und Drohungen erhalten wie in dieser Kampagne. Er sei sich emotionale und hart geführte Kampagnen gewohnt, wie in jüngerer Vergangenheit etwa bei der Beschaffung neuer Kampfjets oder dem Jagdgesetz: «Aber diese Kampagne hat eine neue Dimension erreicht.» Er sei ein grosser Freund von Dialog und Brückenbau. Aber bei einem Teil der Gegner des Covid-Gesetzes sei er «ziemlich ratlos», wie man wieder ins Gespräch kommen könnte.

Auch Jürg Grossen, Präsident der Grünenberalen, spricht von einem ungewohnt emotionalen Abstimmungskampf. Der Berner ist froh über das klare Ergebnis: «Ich finde es wichtig, dass die leise Mehrheit sich nicht vom Lärm einer kleinen Minderheit hat beeindrucken lassen.» Angesichts der sich zuspitzenden epidemiologischen Lage und der Sorge um die in Südafrika entdeckte Omikron-Mutation sei das Ja zum Covid-Gesetz ein wichtiges Signal,

«Die Furcht, dass diese laute Minderheit am Ende gewinnen könnte, dürfte manchen Befürworter an die Urne getrieben haben.»

Cléo Jans
Politikwissenschaftlerin

VIDEO
Interview mit Schaffhauser Gegnern und Befürwortern der Vorlage unter www.shn.ch/click

dass die Bevölkerung weiterhin bereit sei, die Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie mitzutragen. Ganz anders interpretierte die SVP das Verdikt: Es sei «kein Freipass für weitere Verschärfungen der Coronamassnahmen». Die Verantwortung für «die Spaltung der Gesellschaft» wies sie in einem Communiqué pauschal dem Bundesrat und den anderen Parteien zu, wegen der «unverhältnismässigen, willkürlichen und diskriminierenden Coronapolitik». Sie lehnt jegliche Verschärfungen der Massnahmen ab.

Fünf Kantone sind gekippt

Für Politikwissenschaftlerin Cléo Jans vom Forschungsinstitut GFS Bern deuten die Abstimmungsergebnisse darauf hin, dass die ablehnende Haltung der SVP bei einem bedeutenden Teil der Parteibasis nicht gut angekommen ist. Ein Indiz dafür sei etwa, wie stark die Nein-Anteile in den Hochburgen der Partei in der Zentral- und Ostschweiz geschrumpft seien. So kippten fünf Kantone, die im Juni das Covid-Gesetz abgelehnt hatten, ins Ja-Lager. Zu diesem Wandel beigetragen habe auch die unterschiedliche Mobilisierungsdynamik der beiden Abstimmungstermine: «Im Juni haben die beiden Agrarinitiativen die konservative Landbevölkerung überdurchschnittlich stark an die Urne getrieben. Davon profitierten damals die Gegner des Covid-Gesetzes.»

Dieser Effekt sei diesmal ausgeblieben. Im Gegenteil: Die dominierende Nein-Kampagne habe möglicherweise den Befürwortern geholfen: «Es gab eine deutlich spürbare Schlussmobilisierung. Die Furcht, dass diese laute Minderheit am Ende gewinnen könnte, dürfte manchen Befürworter an die Urne getrieben haben», analysiert Jans. Einmal mehr habe sich gezeigt: Auch mit einer gross angelegten Kampagne lasse sich kaum jemand umstimmen: «Gerade bei der Covid- und Zer-



Gesundheitsminister Alain Berset erhält Gratulationen von SP-Co-Präsident Cédric Wermuth.

BILD KEY

Kommt das Comeback der Gratistests?

Christoph Bernet

BERN. Nach der Abstimmung über das Covid-Gesetz ist vor der Debatte über das Covid-Gesetz. Bereits am Mittwoch berät der Ständerat erneut über die Vorlage, am Donnerstag folgt der Nationalrat.

Konkret geht es um die Verlängerung der Härtefallhilfen, der Corona-Erwerbsausfallentschädigung für Firmen und Erleichterungen bei der Kurzarbeitsentschädigung. Die vorberatenden Kommissionen wollen diese Instrumente bis Ende 2022 verlängern. Darüber hinaus hat sich eine Mehrheit der Gesundheitskommissionen (SGK) von National- und Ständerat dafür ausgesprochen, den Schuttschirm für Grossveranstaltungen mit über 1000 Besuchern von Ende April bis Ende Dezember 2022 zu verlängern. Diese Versicherung übernimmt ungedeckte Kosten von Veranstaltern, deren Events aufgrund behördlicher Entscheide abgesagt werden müssen.

Die SVP will 2G verhindern

Mehr zu reden geben als die wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen dürften im Parlament aber andere Aspekte des Gesetzes. Zum einen wird es wohl zu einer lebhaften Debatte über die Frage kommen, ob der Bund wieder die Testkosten für asymptomatische Personen übernehmen soll. Seit dem 11. Oktober übernimmt der Bund diese Kosten nicht mehr. Den Schritt hatte der Bundesrat mit dem Preisschild der Kostenüber-

nahme begründet: Bis zu 50 Millionen gab er dafür aus – pro Woche. Es ist davon auszugehen, dass der Bundesrat mit den kostenpflichtigen Tests auch die Impfbereitschaft erhöhen wollte.

Mit 15:9 Stimmen sprach sich die Gesundheitskommission des Nationalrats vorletzten Woche dafür aus, dass der Bund diese Kosten wieder übernimmt. Von den Parteien haben sich lediglich Grüne und SVP klar dafür ausgesprochen. In der Elefantenrunde vom Schweizer Fernsehen SRF von gestern Abend unterstützen jedoch auch Mitte-Präsident Gerhard Pfister und SP-Co-Chef Cédric Wermuth die Forderung. Thierry Burkart (FDP) stemmte sich dagegen. Angesichts der hohen Fallzahlen und des Auftauchens der Omikron-Mutation dürfte sich manches Parlamentsmitglied überlegen, ob es sich nicht lohnt, Geld für Gratistests in die Hand zu nehmen, damit mehr getestet wird.

Zum anderen wird im Parlament auch das Covid-Zertifikat wieder zu reden geben. So will die SVP etwa dem Bundesrat verbieten, das Covid-Zertifikat künftig auf Geimpfte und Genesene (2G) zu beschränken. Ausserdem möchte sie das Mindestalter auf 16 Jahre festlegen, um eine Ausweitung der Zertifikatspflicht auf Kinder und Jugendliche zu verhindern. Diese Details seien bisher in einer bundesrätlichen Verordnung geregelt, sagt SVP-Nationalrätin Martina Bircher: «Das Parlament muss hier seiner demokratischen Verantwortung nachkommen und rote Linien festlegen.»

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den einzelnen Kantonen

	Pflegethema		Justizthema		Covid-19-Gesetz		Stimmbeteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	
Zürich	38 878	240 672	198 332	40 891	422 791	215 917	67,2
Bern	312 671	176 625	150 953	323 995	307 115	184 133	66,7
Lucerne	115 520	79 228	60 040	128 280	122 706	74 105	70,8
Uri	10 543	7 715	4 762	12 597	10 515	8 161	70,4
Schwyz	40 206	38 019	21 842	54 627	38 586	40 779	74,3
Obwalden	10 427	9 477	5 640	13 716	10 297	9 819	75,4
Nidwalden	12 445	10 865	6 650	15 858	13 921	9 636	75,1
Glarus	10 493	6 669	5 313	11 298	9 460	8 000	66,1
Zug	30 494	25 127	16 232	37 683	35 817	20 463	72,5
Freiburg	84 110	45 827	45 266	80 092	80 916	50 352	63,1
Solothurn	72 029	46 895	37 801	77 494	76 188	43 895	66,4
Basel-Stadt	48 135	24 094	23 683	45 885	51 335	21 399	64,7
Basel-Landsch.	75 848	46 491	39 998	77 610	80 640	43 485	66,9
Schaffhausen	24 675	14 214	12 469	24 185	23 514	15 769	75,9
Appenzell A.R.	15 377	12 429	8 630	18 316	14 299	13 913	72,9
Appenzell A.L.	3 910	4 401	1 806	6 325	3 740	4 718	70,8
St. Gallen	125 953	95 998	68 675	147 127	123 158	101 876	68,9
Graubünden	55 531	34 518	28 565	56 436	55 673	35 786	65,9
Aargau	163 618	118 442	90 384	183 215	178 931	107 030	65,7
Thurgau	70 019	47 562	39 297	74 325	65 084	54 001	69,1
Tessin	72 785	56 891	46 225	80 095	85 764	45 526	59,7
Vaud	178 762	97 478	66 968	201 630	177 058	101 187	61,0
Wallis	85 373	58 907	43 751	96 974	84 869	60 231	65,4
Neuchâtel	40 975	23 168	19 581	41 844	41 726	23 120	57,9
Genève	91 305	50 589	40 988	97 585	90 584	53 351	54,0
Jura	21 095	10 676	11 323	18 877	17 686	14 632	60,7
Total	2 161 080	1 382 977	1 095 174	2 334 980	2 222 373	1 361 284	65,7
Total %	61,00	39,00	31,9	68,1	62,0	38,0	

	Befürw. Stände	Verwerf. Stände
	20 ½	0 ½
	0	20 ½
	19 ½	1 ½

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den Thurgauer Gemeinden

	Pflegethema		Justizthema		Covid-19-Gesetz		Stimmbeteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	
Basadingen	522	348	300	534	468	420	73,8
Berlingen	261	150	147	258	263	155	72,2
Diessenhofen	829	551	481	858	817	587	67,3
Ermatingen	918	519	529	875	853	600	70,4
Eschenz	480	367	256	562	460	396	72,7
Hüttwilen	509	387	304	550	518	388	77,8
Mammern	161	118	107	168	180	101	71,8
Neunforn	336	253	163	407	328	269	74,3
Sälenstein	337	294	222	400	346	292	75,5
Schlatt	911	374	293	567	462	433	72,0
Steckborn	575	572	533	962	917	648	66,4
Wagenhausen	457	319	302	435	390	391	71,4

Kampf gegen Mediengesetz: Das planen die Gegner

Die Zustimmung zum Covid-Gesetz ist leicht höher ausgefallen als bei der ersten Auflage im Juni. Lediglich die Kantone Schwyz und Appenzell Innerrhoden lehnten die Vorlage ab, die unter anderem die gesetzliche Basis für das Covid-Zertifikat schafft.

Kari Kälin

BERN. Das Nein-Komitee gab sich gestern trotz Niederlage kämpferisch. Die Bürgerrechtsbewegung werde aktiv bleiben, um einen weiteren Abbau der Grundrechte zu verhindern, hiess es in einer Medienmitteilung. Die Referendumsorganisationen hätten während der Abstimmungskampagne massiv an Mitgliedern und Unterstützung gewonnen. «Wir sind gestärkt worden», sagt Josef Ender gegenüber dem Schweizer Radio und Fernsehen. Man könne das Ergebnis akzeptieren, doch seiner Meinung nach verstosse das Covid-Gesetz gegen etwa zehn Verfassungsartikel. Ender, IT-Unternehmer aus dem Kanton Schwyz, ist der Sprecher des Aktionsbündnisses Urkantone. Er klagt, die Massnahmengegner hätten durch die Medien viel Hetze erfahren.

Die Medien stehen denn auch im Zentrum des nächsten Abstimmungskampfes, zu dem sich massnahmenkritische Bewegungen wie das Aktionsbündnis Urkantone oder die Freunde der Verfassung rüsten. Die Bürgerbewegung hat mehr als 60 000 Unterschriften beigesteuert zum Referendum gegen das Mediengesetz, das mit insgesamt mehr als 110 000 Unterschriften zustande gekommen ist. Im Februar wird das Stimmvolk darüber entscheiden, ob Medien stärker staatlich subventioniert werden sollen.

Die indirekte Förderung für Beiträge an die Post für die flächendeckende Zustellung von Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen sowie neu auch für die Frühzustellung soll von heutzutage jährlich 120 Millionen Franken direkt an drei Millionen Medien

fliessen, welche nicht gratis zugänglich sind.

Kämpfen für die Grundrechte

Wie die Kampagne gegen das Mediengesetz konzipiert wird, ist laut einem Sprecher der Freunde der Verfassung noch völlig offen. Die Kampagne gegen das Covid-Gesetz war sehr sichtbar. Klar ist: Auch Mass-voll rüstet sich zum Kampf gegen das Mediengesetz. Die Jugendbewegung betrachtet die Medien als Komplizen der bundesrätlichen Coronapolitik. Mass-voll weiss jedoch noch nicht, wie das Engagement gegen das Gesetz genau ausfallen wird, wie Gründer Nicolas A. Rimoldi sagt. Die Jugendbewegung liebäugelt damit, bei den eidgenössischen Wahlen 2023 zu kandidieren. Man werde auf jeden Fall so lange politisch kämpfen, bis die Grundrechte wieder hergestellt seien,

sagt Rimoldi. Gestern zeigte sich Mass-voll von seiner undemokratischen Seite. Die Jugendbewegung bezeichnete das Ergebnis zum Covid-Gesetz «als nicht legitim und für uns nicht bindend» – wegen angeblicher «massiver Unregelmässigkeiten». Mass-voll moniert unter anderem, die Zertifikatspflicht sei in der Abstimmungsfrage nicht erwähnt worden.

Schon einen Schritt weiter bei den Plänen zum Einstieg in die Politik sind die Freunde der Verfassung. Zusammen mit anderen massnahmenkritischen Organisationen wie dem Aktionsbündnis Urkantone oder dem Netzwerk Impfenentscheid wollen sie bei den Nationalratswahlen 2023 und bei kommenden kantonalen Wahlen antreten. Josef Ender bestätigte dies gegenüber der Autorin schon Ende September.

Gestern berichtete die «Sonntags-Zeitung», dass die Massnahmengegner die helvetische Politik unter dem Label «Aufrecht Schweiz» aufmischen wollen. Die Gruppierung versteht sich als Bewegung. Von Extremismus grenzt sie sich ab.

Co-Präsident Peter Eberhart, der einst für die SVP und BDP im Berner Grossrat sass, sagt, die individuellen Freiheitsrechte sollen wieder in den Vordergrund rücken. Im Leitbild von «Aufrecht Schweiz» heisst es: «Gibt es innerhalb der Menschenrechte scheinbare Widersprüche, sind die Menschenwürde und Freiheit höher zu gewichten als das Recht auf Leben.» Das Leben sei endlich, und eine Lebensgefahr dürfe nicht dazu führen, Würde und Freiheit einzuschränken. Eine klare Absage an die behördlichen Coronamassnahmen also.

tifikatsthematik, die im Alltag so präsent ist, sind die Meinungen gemacht.» Es sei die Mobilisierung gegangen – und die habe beim Ja-Lager ausreichend gut funktioniert.

Trotz des grossen Sicherheitsdispositives versammelten sich am Sonntag bei Schneereggen einige hundert Gegner des Covid-Gesetzes auf dem Berner Bundesplatz. Sie skandierten «Liberté!». Doch diese Rufe waren am Sonntag leiser als die 2,2 Millionen Ja-Stimmen.

Nachgefragt

«Grossteil trägt die Massnahmen»



Walter Vogelsanger
Regierungsrat des Kantons Schaffhausen

Die Schweizer Stimmbewölkerung sagt deutlich Ja zum Covid-19-Gesetz. Im Kanton Schaffhausen gab es 40 Prozent, welche die Vorlage abgelehnt haben. Wie interpretieren Sie dieses Resultat?

Walter Vogelsanger: Das bedeutet, dass die grosse Mehrheit der Bevölkerung das Vorgehen des Bundesrats zur Bewältigung dieser Pandemie unterstützt. In einer Demokratie gibt es aber selbstverständlich mehrere Meinungen, und diese finden sich in den Nein-Stimmen.

Dennoch sind 40 Prozent ganz offensichtlich nicht zufrieden mit der Politik des Bundes und wohl auch der Kantone. Wie nimmt man diese Kritik ernst?

Vogelsanger: Ich würde es umdrehen und sagen, dass es 60 Prozent sind, die hinter dieser Politik stehen. Für eine Abstimmung ist das ein sehr gutes Resultat. Und schliesslich ist dieses Gesetz durch einen parlamentarischen Prozess entstanden, bei dem auch Gegner ihre Anliegen einbringen konnten.

Trotz stark steigender Fallzahlen hat der Bundesrat letzte Woche wohl aus taktischen Gründen darauf verzichtet, die Massnahmen zu verschärfen. Braucht es nun Verschärfungen?

Vogelsanger: Man muss sehen, dass Massnahmen von der Bevölkerung akzeptiert werden müssen. Die Entwick-

lung der Pandemie erhöht meiner Meinung nach die Bereitschaft der Bevölkerung, Verschärfungen zu akzeptieren und mitzutragen. Wir stecken mitten in diesem Prozess, in dem die Leute erkennen müssen, dass es wieder notwendig ist, Masken zu tragen und Distanz zu tragen. Ich glaube, der Bundesrat ist sehr ausgewogen unterwegs mit Blick auf Massnahmen.

Wie schaffen Sie es, nun noch die ländlichen Gemeinden im Kanton Schaffhausen von der Wirkung der Impfung zu überzeugen?

Vogelsanger: Wir verzeichnen nach wie vor Erstimpfungen, die Impfquote steigt also, wenn auch nur langsam. Das ist es, was zählt. Auch wichtig sind die Booster-Impfungen, wo wir ebenfalls auf einem guten Weg sind.

Wann werden die ersten Booster-Impfungen für unter 65-Jährige verabreicht?

Vogelsanger: Vom Dienstag an werden die ersten Booster-Dosen an unter 65-Jährige verteilt. Alle, bei denen die zweite Impfung (also die Erstimpfung) länger als sechs Monate zurückliegt, sollten sich zu einer Boosterimpfung melden. Bei Pflizer ist dies jetzt schon möglich, und mit Moderna kann man sich ab Dienstag für eine Boosterimpfung anmelden. Ich empfehle allen, sich noch vor Weihnachten anzumelden respektive impfen zu lassen. Es hat noch freie Termine.

Interview: Dario Muffler